

# Wie wir Deutschland im Völkerbund vertreten würden?\*)

*Silvio Gesell*

Meine Herren!

jedes Wort, das hier gesprochen wurde, war reiflich überlegt. Alle Anwesenden haben sicher die beste Absicht, unser hohes Programm der Erfüllung näherzubringen. Dennoch, wenn wir die uns täglich zur Entscheidung vorgelegten Streitfragen näher betrachten, so müssen wir erkennen, daß in Fortentwicklung der in den Dingen liegenden Streitkeime der Tag kommen muß, wo schöne Reden nichts mehr nützen werden, und wo dann die Diskussion wieder mit »anderen Mitteln fortgesetzt« wird, wie das bisher Sitte war. Die Streitfragen dürfen wir nicht durch Kompromisse zu verkleistern suchen. Es nützt alles nichts, das Objekt des Streites sorgt selber dafür, daß es immer wieder zum Vorschein kommt. Wenn irgendwo, so muß hier gründliche Arbeit getan werden, wenn wir späterhin nicht bekennen wollen, daß unsere Arbeit mehr geschadet als genützt hat. Auf diplomatischem Wege, auf dem Wege von Grenzberichtigungen (?), auf dem Wege der Abrüstung usw. geht es nicht. Wir müssen neue, völlig unbetretene Wege gehen. Dann mag es gelingen.

Unsere Organisation krankt an dem Umstand, daß wir uns hier nicht als Vertreter der Menschheit betrachten, sondern als Vertreter staatlicher Gebilde, die historisch zumeist als Produkte roher Gewalt anzusprechen sind. Irgendein Bandit fegte die Völkerschaften zu dem zusammen, was wir heute stolz Nation nennen, wobei kein anderer Gesichtspunkt solcher Tätigkeit Grenzen zog, als die Rücksicht auf den Widerstand irgendeines anderen Nachbarräubers. Diese staatlichen Machwerke, sogenannte Nationen, übernehmen die Untertanen auf dem Wege der Revolution und der Guillotine, ohne sie näher zu besehen, ohne sich auf das beneficium inventarii zu berufen, genau so wie etwa ein Knecht die Rüstung des von ihm ermordeten Ritters übernimmt. Die Demokratie übernahm das Werk der Herren mit allen Streitobjekten und Streitkeimen, die die Gewaltpolitik jener Räuber geschaffen hatte. So z. B. übernahm die französische Republik ohne weiteres die Ostgrenze des Reiches, die Ludwig XIV. mit der Begründung: l'état

---

\*) aus der Gesamtausgabe, Band 16, S. 93–101. Dieser Artikel von Silvio Gesell wurde hier aufgenommen, weil seine Gedanken zum Völkerbund auf das Desaster der heutigen Klimakonferenzen übertragen werden können. Zu diesen Konferenzen siehe den nächsten Beitrag in diesem Heft. Red.

c'est moi, geschaffen hatte, so auch wurde, als der Staat der Hohenzollern 1871 in das Deutsche Reich aufgenommen wurde, von keiner Seite Protest dagegen erhoben, daß die polnischen Provinzen der Hohenzollern dem Reich einverleibt wurden. Der Pöbel hat sich immer als Erbe der Fürsten benommen und hat damit der Politik der Fürsten Sanktion gegeben. Und diese so von Fürsten und vom Pöbel geschaffenen Staaten vertreten wir hier, meine Herren! Können wir uns da wundern, daß in Vertretung der Interessen solcher Gebilde wir unserer inneren Stimme, unserem Fühlen und Denken stetsfort widersprechen müssen? Wir sind nicht als Menschen, sondern als Untertanen (subjects) mit Untertanengeist hierhergekommen und gehen mit Untertanengeist an die Arbeit. Alle sind wir angefüllt mit Staatsgedanken, alle gehen wir mit Staatsgeist an die Arbeit. Keiner fühlt sich als Vertreter der Menschheit. Es fehlt nur noch, daß wir die Uniformen unserer Staaten anlegten. Halten wir klar vor Augen: Die Interessen jener Staatengründer, die sind es, die die Menschheit auseinandergerissen haben, und die sind es, meine Herren, *die wir hier vertreten sollen!* Nur in dem Maße, wie wir die Interessen, die wir als Vertreter unserer Staaten zu schützen haben, abbauen und zerstören, kann der Völkerbund Fortschritte machen. Nicht dem, was die Menschheit von Natur eint, sondern umgekehrt dem, was die Menschheit zerreißt, verdanken die Staaten ihre Souveränität, ihre Existenz. In dem Maße, wie die Einigung fortschreitet, geht die Souveränität verloren. Von drei oder zehn oder hundert Staaten, die sich verbinden, verbleibt immer nur einer. Den Einwohnern dieser Staaten mag das recht sein. Aber wir hier, Abgesandte der Staaten, die sämtlich auf ihre Souveränität erpicht sind, was sagen wir dazu? Kann es gerade unsere Aufgabe sein, als Staatsmänner an der Auflösung der Staaten zu arbeiten? Diese Frage zeigt uns, daß wir hier nicht die richtigen Leute sind, daß die Aufgabe, vor die wir gestellt wurden, für uns unlösbar ist. Wir sollen den Zucker in Wasser auflösen, zugleich aber sollen wir die Kristallform schonen. Es wird uns ergehen wie den deutschen Fürsten, die ewig von der Notwendigkeit eines einigen Reiches redeten, die aber als Fürsten und Lebewesen unfähig waren, das Trennende abzubauen und aus Selbsterhaltungstrieb den von ihnen erwarteten Selbstmord auszuführen. Wenn es auf die Fürsten allein angekommen wäre, so würden sich die Deutschen noch genau wie 1866 gegenseitig mit dem Bajonett bearbeiten. Und wenn der Völkerbund darauf wartet, daß wir als Vertreter von Staaten uns einigen, dann, lebe wohl, schöner Traum!

Uns schwebt in mehr oder weniger verschwommenen Konturen für die Welt ein Völkerbund vor, wie ihn die Amerikaner mit den U. S. A. gebildet haben. Wir, als Vertreter des Staatsgedankens, werden diesen Bund niemals schaffen. Dazu gehören ganz andere Menschen, Menschen, die zu jeder Zeit und in jeder Lage die Interessen der Menschheit denen des Staates überord-

nen. Der Weg zur Menschheit ist ein gerader, breiter Weg. Er geht rücksichtslos hinweg über den Staat und seine Interessen. Er braucht keine Anwälte und Vertreter. Er braucht auch keine Organisation, keinen Kongreß, keine Beschlüsse. Nichts brauchen wir zu tun, als alles abzuschaffen, was wir als Staatssouveränität (man beachte das Wort, das auch die Demokraten gebrauchen) hier zu schützen suchen. Der Völkerbund ist da, sobald wir die künstlichen Interessengegensätze beseitigen, d. h., sobald wir verduften. Der Völkerbund hat immer bestanden, festgefügt in der Harmonie der Menschheitsinteressen. Dieser Bund ist nur überkleistert, wie manche Meisterwerke Michelangelos und Sancho Panzas von Pfüschern überpinselt wurden zur Gewinnung von billiger Leinwand für die eigenen Kleckereien. Grattez l'ours et apparaîtera le Russe: Kratzen wir die Staatskruste ab und gleich wird der Völkerbund zum Vorschein kommen. Wie bei der Gestaltung des preußischen Staates die Bürger immer nur Objekte, niemals Subjekte waren, so sind in den Staaten allzumal die Bürger niemals befragt worden. Drolligerweise benehmen sich aber alle diese Bürger, als ob der Staat ihr Werk sei, viele sogar, als ob sie Kronprinzen dieser Staaten seien.

Den primitiven Beweggründen, die zur Gründung der Staaten führten, ist die weitere Ausbildung der Staaten durchaus treu geblieben, merkwürdigerweise auch dort, wo das Volk die Fürsten enthauptete oder vertrieb. Auf den Grundmauern der Königsstaaten bauten die Empörer mit sklavischem Fleiß *plangerecht* weiter. Ich erwähne die Tatsache, ohne sie hier erklären zu wollen und nur, um das Komische unserer Rolle darzutun. Wir vergessen, dass die Könige bei der Staatsgründung doch ganz etwas anderes im Sinne haben mußten, als was den Empörern frommen kann. Bei der Schaffung der Staatskirche, der Staatsschule, der Staatsuniversitäten, der Staatsgerichte und der Staatssteuern dachten die Könige doch sicher nicht an das Seelenheil der Untertanen, an ihr Glück. An den Staat, ihr Werk, dachten sie. Ihrem Werke opferten sie immer das Glück der Menschen, einmal auf eigenem Schlachtfeld, ein andermal auf dem Viehmarkt in London, wo man die deutschen Proletarier für englische Kriegsunternehmungen käuflich für Rechnung der Fürsten erwarb. Und solchem Werk dienten in mehr oder weniger gerader Linie alle Staatseinrichtungen. Der Erhaltung solchen Werkes dienen die Souveränitätsrechte der Staaten, dienen wir, meine Herren! Mit all den genannten Staatseinrichtungen schuf der König die Ketten zur Niederhaltung der Empörung. Das war sein Ziel. Und wir? Wir führen den Betrieb fort. In allen demokratischen Staaten herrscht in den fürstlichen Kettenfabriken Hochbetrieb, als ob es sich darum handelte, das Volk für die Wiederkehr der Fürsten warmzuhalten. Der König brauchte einen demütigen Bürger, einen geistig gebrochenen Menschen. Dazu und zu nichts anderem schuf er die Staatskirche. Den König schickte man fort, seinen Apparat mit

seiner Tendenz behielt man und mit allen seinen Beamten, von denen man nicht erwarten kann, daß sie umlernen werden. Der König brauchte einen engstirnigen, nationalistischen Bürger, der sich für sein Werk begeistern und mißbrauchen, ja opfern ließ. Dazu diente die Staatsschule mit Schulzwang. Wenn man nun, nachdem der König fortgeschickt wurde, das Ziel der Schule nicht mehr braucht, wozu dann noch die Staatsschule, den Schulzwang? Man denke doch, was das heißt: Schulzwang! Von Berlin, von Paris aus wird dem ganzen Volk ein Schulprogramm, das Schulprogramm des Ministers, vorgeschrieben? Man entrißt den Eltern die Kinder und übergibt sie seelenlosen Bürokraten. Man denke doch einen Augenblick darüber nach, was das bedeutet. Vielleicht wird dann der eine oder andere stutzig und erkennt, daß nur völlig entgeistete Sklavennaturen, Pack, sich solchem Zwang widerstandslos fügen können. Eltern, die sich das Selbstbestimmungsrecht in der wichtigsten elterlichen Pflicht rauben lassen! Dennoch sehen wir diesen Schulzwang wie eine Pest sich über die ganze Welt ausbreiten. Sprechen vom Standpunkt des fürstlichen Gewaltstaates 100 triftige Gründe für den Schulzwang, so spricht alles dagegen, wenn man vom freien Bürgertum spricht.

Meine Herren, betrachten Sie nun einmal unsere Aufgabe vom Standpunkt der freien Schule. Sie werden sehen, wie merkwürdig sich diese Forderung freien Menschentums deckt mit den edelsten Zielen unserer Bestrebungen, wie einfach unsere schwierigsten Probleme gelöst werden. Wieviel Haß und Unfrieden hatte nicht die preußische Schulpolitik aufgehäuft in den polnischen Provinzen, in den dänischen Landesteilen, in Elsaß und Lothringen. Wieviel Haß wird dieselbe blöde Politik wieder hervorrufen in all den Landesteilen, die vom Reich nun abgetrennt wurden, wo deutsche Kinder dem Schulzwang der Polen, Dänen, Franzosen, Italiener und Rumänien ausgesetzt werden. Wie ganz anders würde das deutsche Volk die Gebietsabtrennungen ertragen, wenn es wüßte, daß der Staat in den genannten Ländern sich nicht für verpflichtet hält, die Kinder der deutschen Bürger auf Staatskosten zu unterrichten, daß dort jeder seine Kinder unterrichten kann, so gut er es versteht und soweit es ihm die eigenen Mittel erlauben? Wie wenig interessant wäre dann noch für das deutsche Volk die elsässische, polnische, dänische, italienische Frage. Bis dahin war die elsässische Frage für Deutschland mehr als eine Kulturfrage. Elsaß, die polnischen Provinzen usw. sollten die »Macht« des Reiches mehren. Seitdem aber in Deutschland der Machttraum ausgeträumt ist, ist diese Seite der elsässischen Frage für Deutschland erledigt. Wir sind nur mehr ökonomisch und kulturell mit Elsaß, Südtirol, mit Dänemark und mit Polen verbunden. Wie die ökonomische Frage im Einklang mit dem Versailler Vertrag gelöst werden kann, werde ich gleich sagen. Wie die Machtfragen aufgelöst und

wesenlos gemacht werden, ist unsere Angelegenheit. Die kulturelle Frage aber fordert nur eins: Der französische, polnische, italienische Staat überlasse es jedem, in Kulturfragen nach eigener Fassung selig zu werden, er spare das Geld, das er für die Kultur der deutschen Jugend zu verausgaben beabsichtigt. Der Staat mische sich nicht in reine Privatsachen. Wie in religiösen Dingen, so gehe auch in Kulturfragen das »stinkende Ungeheuer« dem Menschen aus dem Wege. Das ist alles. Und wenn wir zunächst auch nicht erreichen können, daß der Staat ganz allgemein darauf verzichtet, die Bürger selig zu machen und sie zu kultivieren, so könnten wir doch wenigstens das erreichen, daß der Staat den nationalen »Fremdkörpern« gegenüber, den in der Diaspora lebenden Zigeunern, Deutschen und Juden, solche kulturelle Enthaltbarkeit übe. Unbeschadet natürlich, daß wir bei der allgemeinen Formel der Desinteressiertheit des Staates in allen Kulturfragen bleiben und für dieses Ziel weiter werben und kämpfen, getreu der Erkenntnis, daß die Schulen ja doch nur als Vorstufen der Kaserne und des Krieges angesehen und betrachtet werden, getreu auch der Erkenntnis, daß es nur die Staatsinteressen sind, die die Menschheit auseinanderreißen, und daß je ausgebildeter der Staat ist, um so stärker die Betonung der Staatsgrenzen, um so stärker der Riß, der durch die Menschheit geht, während umgekehrt mit jedem Fortschritt im Abbau des Staates die gemeinsamen Interessen der Menschheit stärker hervortreten.

Abbau, Abbau des Staates, meine Herren! Betrachten wir unsere Aufgabe von dieser Seite. Hier sprudelt wirklich eine Quelle der glücklichsten Friedensformeln. Da sind Zollgrenzen. Wir haben kaum noch Gelegenheit gehabt, vielleicht auch nicht den dazu nötigen persönlichen Mut aufbringen können, zu diesem schwerwiegenden Problem Stellung zu nehmen. Die Tatsache, daß England als Mitglied des Völkerbundes vom Freihandel zum sogenannten Schutzzollsystem übergegangen ist, sagt genug. Alles, was wir für den Völkerfrieden getan haben, wiegt nichts gegenüber der Tatsache, daß ein so wichtiges Mitglied des Völkerbundes den Kriegspfad der Zollwirtschaft betreten hat. Wenn es uns nicht gelingt, dem Freihandelsgedanken auf der ganzen Linie zum Siege zu verhelfen, dann ist alles vertan und umsonst, was wir tun und tun werden. Wir werden aber hier nur siegen, wenn wir den Staatsgedanken bekämpfen, um dafür das Lied des Menschen, des Individuums zu singen. Von den Privatinteressen, die durch die Zollwirtschaft gefördert werden sollen, werde ich hier nicht reden. Da sich diese Privatinteressen immer nur auf Kosten anderer ebenso mächtiger Privatinteressen durch den Zoll auswirken können, so ist anzunehmen, daß in den meisten Fällen der Widerstand gegen die privaten Zollgelüste stark genug gewesen wäre, wenn der Staat die Zollinteressenten nicht unterstützt hätte mit der Absicht, sich selbst durch die Zollwirtschaft zu stärken. Und in

der Tat, nichts gibt dem Staate mehr Macht und Einfluß als das Recht, mit Hilfe der Zölle die eine Klasse der Bürger zugunsten der anderen zu plündern. Die eine Klasse hält der Staat fest in der Hand mit der Drohung, daß er die Zölle wieder abschaffen kann, die andere Klasse damit, daß er die Zölle erhöhen kann. Divide et impera. Mit der Zollwirtschaft wird das Volk in 100 Gruppen mit gegensätzlichen Interessen zersprengt. Wie einfach ist es dann für jeden Stümper, über das Volk zu regieren und das Volk für die blödesten Staatszwecke gefügig zu machen, auch für imperialistische Pläne. Diese aber treten zwangsläufig mit der Zollwirtschaft auf. Mit dem allgemeinen Freihandel wäre jeder imperialistisch gesinnte Mensch befriedigt, mit der allgemeinen Zollwirtschaft dagegen kann niemand befriedigt werden, da jeder dann, statt über die ganze Welt als Tummelplatz zu verfügen, sich mit einem eng begrenzten, immer viel zu kleinen Gebiet begnügen muß. Dieses viel zu kleine Gebiet sucht dann jeder zu erweitern, und da ihm der Weg des Freihandels verschlossen erscheint, so denkt er an gewaltsame Erweiterung seines Gebietes, des sogenannten nationalen Wirtschaftsgebietes. Die tollsten Pläne der Annexionisten, der Eroberer und Kolonisatoren erscheinen ihm dann vernünftig und beachtenswert. Selbstverständlich unterstützt dann auch der Staat solche Pläne, die seinen Einfluß, seine Macht ja mächtig zu erweitern versprechen, die es bedingen, daß die mächtigsten Vertreter der Industrie und Landwirtschaft bei den Ministern antichambrieren. Solche Pläne aber erfordern ein starkes Heer, Rüstung und Kriegsschiffe. So führt der Zoll, der, wenn er einmal verallgemeinert ist, nur noch als Stärkung der Staatsmacht gegen innere Widerstände einen Sinn hat, in gerader Linie zu imperialistischen Bestrebungen, zu Rüstungen und schließlich zum Krieg, der dann allein noch den Völkern Luft zu geben verspricht. *Durch den Krieg hoffen sie alle, sich den Platz zu verschaffen, den sie sich gegenseitig durch die Zollpolitik verbarrikadiert hatten.* Jetzt sieht man hier und da ein, dass es Holzwege waren, die man mit der Zollpolitik betreten hatte, und sucht den Schaden gut zu machen durch das Projekt des europäischen Zollvereins. Lasciate ogni speranza! Auf der Grundlage der Zollwirtschaft gibt es keine Verständigung. Der Zoll ist eine Erfindung der Räuber, der Raubritter, der Fürsten. Der Zoll trägt den Spaltpilz als Bazillenträger in sich. Wenn wir schon die Könige fortschicken, so müssen wir auch ihr Werk zerstören, restlos zerstören. Und dazu gehört neben dem Abbau der Staatsschulen auch der Abbau des Zolles, die Schleifung der Zollgrenzen.

Nun bitte, meine Herren, betrachten Sie einmal die Aufgabe, die uns gestellt ist, vom Standpunkt solchen Freihandels, des Weltfreihandels. Betrachten Sie das Verhalten der Imperialisten, wenn ihnen gesagt wird: durch Beschluß des Völkerbundes ist den Staaten das Souveränitätsrecht auf Errichtung von Zollgrenzen verneint worden. Die Waren können jetzt in

der ganzen Welt frei und unkontrolliert verschickt werden, genau wie das schon heute innerhalb der U. S. A. und des deutschen Zollvereins geschieht. Sehen Sie sich diese Männer an! Dieselben, die noch gestern von Annexionen, von Kolonien, von Vergrößerung des nationalen Wirtschaftsgebietes redeten, die sagen: was geht uns jetzt noch Elsaß, Danzig, Polen, Südtirol und Siebenbürgen an? Wir haben ja jetzt mehr, als wir je zu erreichen hofften, ohne einen Schuß Pulver geopfert zu haben. Unter diesen Bedingungen ist uns die Staatszugehörigkeit der Elsässer ebenso gleichgültig, wie sie den Franzosen an dem Tage sein wird, wo auch für Frankreich die Machtfrage wesenslos sein wird.

Meine Herren, wir müssen alles, was an die mittelalterlichen Raubburgen erinnert, zerstören, restlos zerstören. Wenn wir dann damit fertig sind, wird sich zeigen, daß von den Staaten, die wir vertreten, nicht viel mehr übrig bleibt als ein Schatten. Und diese Schatten dann noch unter einen Hut zu bringen, wird nicht mehr Mühe kosten als die Vereinigung von Schafen zu einer Herde. Sind die Staaten verschwunden, so ist die Menschheit geeint. Zu dieser Erkenntnis gelangen wir auch, wenn wir in Gedanken die Aufgabe betrachten, die dem Völkerbund in nicht ferner Zeit durch die Behandlung gestellt werden wird, die die Nordamerikaner den europäischen Auswanderern, und namentlich den Mongolen, zuteil werden läßt. Hier liegen die Keime zu einem ungeheuren Konflikt, der, wenn er nicht rechtzeitig verhütet wird, mit dem Untergang der weißen Rasse sehr wohl seinen Abschluß finden kann. Die U. S. A. betreiben Rassenpolitik. Ausgerechnet die Amerikaner, die aus einer Kreuzung der verschiedensten Völker hervorgegangen sind und denen solche Blutauffrischung, wie es scheint, durchaus nicht geschadet hat, fühlen sich bewogen, die Einwanderung nach Rassegesichtspunkten zu kontrollieren. Daß die Mongolen das als eine Zurücksetzung, Mißachtung ansehen, ist nicht zu verwundern, und daß mit der wirtschaftlichen Erstarkung des Mongolenreiches der Protest ernste Formen annehmen wird, wer vermöchte daran zu zweifeln? Und daß dann ferner die Amerikaner in ihrer Not den Völkerbund um Schutz anflehen werden, ist auch klar, ebenso wie, daß sie sich dabei auf Völker- und Souveränitätsrechte berufen werden, auf dieselben Rechte, die wir hier zu schützen suchen. Wir hier in Europa haben doppelte Ursache, diesen Konflikt ernsthaft in Erwägung zu ziehen, denn es handelt sich hier um einen Rassenkrieg, der sich vorbereitet, den ersten Rassenkrieg, von dem die Geschichte zu erzählen weiß, und in einem solchen Rassenkrieg wird selbstverständlich nicht nach Staaten unterschieden. In Europa werden die Mongolen die Amerikaner angreifen. Rassenkrieg bedeutet aber Ausrottungskrieg. Wir in Europa werden die Folgen der amerikanischen Politik zu tragen haben.

Machen wir uns keine Illusionen. Bilden wir uns nicht ein, daß wir als Vertreter von Staaten imstande sein werden, die Formel für die Verhütung der Katastrophe zu finden. Und erwarten wir auch von der Zeit keine Lösung der Frage. Wenn nichts Grundsätzliches getan wird, kann die Zeit die Lage immer nur noch mehr verwirren und den Konfliktsstoff häufen. Ist einmal in diesem Rassenkonflikt Blut geflossen, dann ist es schon zu spät. Denn ein Rassenkrieg ist nicht mit der Weltkriegsspielerei zu vergleichen. Hier trägt dann jeder die Kriegserklärung in seiner Hautfarbe mit sich herum. Uniformen sind in diesem Krieg überflüssig.

Ich sehe es Ihnen an, meine Herren, Sie wissen keinen Rat. Der Standpunkt, den Sie einnehmen, gestattet Ihnen keinen Überblick. Der Staatsgedanke verbindet Ihnen die Augen. Aber betrachten Sie sich die Situation einmal von demselben Standpunkt, von dem ich Ihnen auch in den Kultur- und Zollfragen den Ausweg zeigen konnte, nämlich vom Standpunkt des Abbaues des Staates, des Abbaues der Völkerrechte und der Souveränitätsrechte. Dann wird es licht, dann sehen wir Frieden und Menschenglück dort, wo wir heute in die düsterste Zukunft schauen. Wir entlasten den Staat, das stinkende Ungeheuer von der drolligen Aufgabe, uns durch die Staatskirche selig zu machen. Wir entlasten ihn ebenfalls von der schwierigen Aufgabe, uns durch Bürokraten in der Staatsschule mit Zwangsunterricht zu kultivieren. Wir entlasten ihn von der lächerlichen Aufgabe, uns durch Zölle, Absperrungen, Zollkriege wohlhabend zu machen. Nun entlasten wir ihn auch noch zu guter Letzt von der undankbaren Aufgabe, uns durch willkürliche Beschränkung der Zuchtwahl nach einem ebenso willkürlich gewählten Zuchtmodell zu züchten. Die Kuppelei ist keine Aufgabe des Staates. Die Zuchtwahl soll frei sein und frei bleiben als private Angelegenheit jedes einzelnen Menschen. Und noch weniger kann es Aufgabe eines Völkerbundes sein, sich an der Kuppelei dadurch zu beteiligen, daß er Eingriffe, wie sie sich die Amerikaner heute in dies oberste aller Menschenrechte gestattet, unter seinen Schutz nimmt. Ein Völkerbund kann in Rassenfragen nicht mehr tun, als sich vollkommen neutral zu verhalten. Das heißt aber in diesem Fall, daß wir wieder vor unlösbare Aufgaben gestellt sind.

Nach Abbau des Staates im oben angedeuteten Sinn und Umfang hört jede Kontrolle der Einwanderung auf. Jeder Deutsche, Zigeuner, Jude und Mongole zieht dahin, wo er glaubt, Vorteile zu finden. Niemand allerdings kümmert sich um ihn. Es ist seine Sache. Jeder hat das Recht, im Straßengraben zu verhungern. Niemand hat die Pflicht, für den ankommenden Bettler, Blinden und Lahmen zu sorgen. Der Staat ist nicht dazu da. Die Mongolen kommen, siedeln sich an, wo es ihnen paßt, mitten zwischen allen anderen Völkern. Der Mongole erzieht und unterrichtet seine Kinder, wie er es versteht. Niemand fragt, ob er die Kinder zur Schule schickt. Der Staat mischt



sich in keine private Angelegenheit. Und nicht nur die Menschen gehen frei ein und aus, sondern auch ihre Produkte. Die Schiffe legen an, und vom Schiffe aus werden die Kisten und Ballen direkt ihren Eigentümern zugestellt. Wie das in den Freihäfen der Fall ist. Mit welchem Staat und aus welchem Grund könnte ein solcher Staat nun noch in Konflikt geraten? Es fehlen die Reibungsflächen, die durch die heutige Kulturpolitik, Wirtschaftspolitik und Rassenpolitik geschaffen werden. Die Rassen und Völker werden sich nicht mehr in geschlossenen Massen, als im Staate organisierte Massen gegenüber treten, sondern immer nur als Einzelmenschen. Und man weiß aus Erfahrung, wie viel mehr Achtung, Anstand, Menschenliebe und Verständnis der einzelne Mensch im Verkehr mit anderen, namentlich mit Fremden, entwickelt, als der auf Gewalt und angemäße Rechte pochende Staat. Verständnis, Achtung und Menschenliebe werden uns aber allein den Frieden bringen.

\*

Nachschrift. Die Beleuchtung des Friedens- und Völkerbundproblems vom Standpunkt von Freiland, Freigeld ist an anderen Orten wiederholt geschehen, weshalb ich hier Abstand genommen habe, diese Zusammenhänge zu erwähnen.